

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
210 · Ausgabe AG · Februar 2024



Eine Richtungswahl



Kaum hat das neue Jahr 2024 sehr turbulent begonnen, stehen wir bereits in wichtigen Abstimmungskämpfen und vor einem sehr wichtigen Wahljahr. Im Herbst geht es um viel. Es wird eine Richtungswahl! In unserem Aargau hat es für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger Raum, unabhängig von Einkommen oder Besitz, unabhängig von der Herkunft, religiöser oder sexueller Orientierung. Wir wollen Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen nachhaltig entlasten. Gesellschaftliche Solidarität darf keine Mildtätigkeit sein, sondern ist das Recht eines jeden einzelnen. Wir wünschen uns eine kinderreichere, familienfreundlichere Gesellschaft – mit bezahlbarem Wohnraum und bezahlbarem Gesundheitswesen. Für alle! Wir wollen einen Kanton, in dem die Wirtschaft, das Gewerbe stärker zur Verantwortung gezogen werden und sich selbstverständlich und fairer an den Kosten unseres Gemeinwesens beteiligen. Wer breitere Schultern hat, kann auch mehr tragen! Überzeugen wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger davon, dass ein sozialer, ein solidarischer und klimafreundlicher Kanton Aargau möglich ist - und zwar nur mit uns, als einziger verlässlicher sozialer Kraft. Das Wahljahr 2024 bedeutet für uns eine grosse Chance, das Ruder herumzureissen. Gehen wir es gemeinsam an!

Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und SP-Grossrat.

Die pure Lust am Leben ... und Politisieren

Die älteren Semester erinnern sich an die Lieder von Geier Sturzflug (Neue Deutsche Welle), und dieser Song motiviert mich immer wieder, vor allem nach Sitzungen im Grossen Rat des Kantons Aargau, «denn eins kann mir keiner nehmen, und das ist die pure Lust am Leben» und Politisieren.



Claudia Rohrer von Rheinfelden ist SP-Stadträtin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion im Aargauer Grossen Rat.

Dieses Jahr sind Grossratswahlen, und vielleicht überlegt sich ein:e Leser:in zu kandidieren und stellt sich die Frage nach dem Weshalb. Als SP sind wir per se eine Minderheit im Kanton und unterliegen mit unseren Forderungen sehr häufig. Bei Budgetdebatten geht es hauptsächlich darum, die negative und destruktive Sparwut der rechtskonservativen Seite zu stoppen und das Budget des «linken» Regierungsrats zu verteidigen; eigene Möglichkeiten zur Gestaltung der Kantonsfinanzen: Tendenz gegen null. Das Politisieren an Mehrheitsverhältnissen

vorbei, das muss man aushalten als Grossrätin oder Grossrat der SP im Kanton Aargau.

Die politische Arbeit als Grossrät:in ist persönlich und zeitlich mit Aufwand verbunden. Viele Sitzungen finden an einem Dienstag statt, jedoch nicht alle Sitzungen, und gerade für die Kommissionstätigkeit ist es wichtig, etwas Flexibilität zu haben, um an diesen teilnehmen zu können. Während der Aargauer Schulferien finden prinzipiell keine Sitzungen statt. Die meisten Gewählten reduzieren die beruflichen Pensen, aktuell dürfte es sich um ein Pensum zwischen 10 und 20 Prozent für die Politik handeln. Zur Sitzungsvorbereitung müssen Akten und Vorlagen gelesen und studiert werden. Lust am Lesen zu haben hilft bei der Bewältigung der meist eher trockenen regierungsrätlichen Vorlagen. Eine gute Vernetzung in Gemeinde und Gesellschaft hilft, das Gelesene einordnen zu können. Persönlich einbringen

kann man sich einerseits in der Fraktion und in den Kommissionen. Nicht jedes Mitglied kann sich jedoch in der Wunschkommission wiederfinden, und so muss ein Fraktionsmitglied sich mit Themen beschäftigen, welche ihm politisch und beruflich zuerst eher unbekannt sind. In den meisten Kommissionen ist die SP mit zwei bis drei Mitgliedern vertreten, jedes Fraktionsmitglied ist mindestens in einer Kommission. Die Fraktion nominiert. Es gibt auch Einsätze bei überkantonalen Arbeitsgruppen, welche einen Einblick in das parlamentarische Leben ausserhalb des Kantons Aargau geben.

Wer sich gerne mit Sachthemen auseinandersetzt, sich auch in berufsfremden Themen einbringen will, für die oder den ist das Amt der Grossrätin oder des Grossrats sicherlich interessant und abwechslungsreich, und wir wünschen uns Kolleg:innen, die sich die Lust am Politisieren nicht nehmen lassen.

NEU IM GROSSEN RAT

Lucia Engeli

Du bist im November '23 für Silvia Dell'Aquila in den Grossen Rat nachgerutscht. Du bringst beruflich als Ärztin und politisch als SP-Geschäftsleitungsmitglied vielfältige Erfahrung mit. Wofür möchtest Du Dich im Grossen Rat einsetzen?

Die Gesundheitspolitik liegt mir am Herzen. Die wird hauptsächlich auf kantonaler Ebene gemacht. Hier möchte ich mich dafür einsetzen, dass endlich die Gesundheitsversorgung in den Fokus rückt. Was muss ein Kanton seiner Bevölkerung bieten, damit die Versorgung sichergestellt ist? Aktuell wird die Gesundheitspolitische Gesamtplanung mit einem Strauss an Themen in der Kommission besprochen. Hier versuche ich, konsequent diesen Blickwinkel zu vertreten.

Die Spitäler haben immer grössere Finanzierungsprobleme. Wo würdest Du für eine bessere Spitalfinanzierung ansetzen?

Der Kanton muss aufhören, seine Spitäler auszuhungern. Die schlechten Jahresabschlüsse sind auf zu niedrige Aufwandvergütungen zurückzuführen. Und das hat der Kanton in der Hand. Auch wenn die Regierung manchmal so spricht, als wären die Spitäler fakultativ: Sie sind die stationäre Versorgung, sie behandeln die Kränksten. Ohne sie hätten wir sofort kriegsähnliche Zustände!

Warum geht es mit einer besseren Pflegesituation trotz Zustimmung in der Abstimmung zur Pflegeinitiative nicht schneller vorwärts?

Dass es schwierig wird, war klar. Die Initiative widerspricht dem neoliberalen Geist: Sie möchte Arbeitsbedingungen und Löhne verbessern. Bei der Ausbildungsoffensive wurde schon einiges ausgearbeitet, allerdings nützt die uns wenig, wenn die frisch Ausgebildeten sofort den Beruf wieder verlassen. Hier müssen noch einige Dogmen überwunden werden.

Die Ärztin Lucia Engeli ist im Fachausschuss Gesundheit und Soziales der SP Aargau engagiert, ist seit 2022 Gemeinderätin in Unterentfelden und war GL-Mitglied der SP Aargau. Seit dem 14. November 2023 ist sie Mitglied des Grossen Rates.

Es ist Zeit für einen Dreizehnten – auch für Rentner:innen!

Am 3. März 2024 stimmen wir über die 13. AHV-Rente ab – für Renten, die zum Leben reichen!



Silvia Dell'Aquila ist Präsidentin des Aargauischen Gewerkschaftsbundes, Vize-Präsidentin von ArbeitAargau und Aarauer Stadträtin.

Beim Thema Altersvorsorge mussten wir in den letzten Jahren immer wieder Angriffe von bürgerlicher Seite abwehren. Erfolgreich, bis auf die letzte Reform (Rentenaltererhöhung), mit welcher die AHV auf dem Buckel der Frauen saniert wurde. Eine bittere Niederlage. Mit der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund lancierten Initiative für eine 13. AHV-Rente, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, gehen die Gewerkschaften wieder in die Offensive, um eine dringend notwendige Verbesserung der Situation für alle Rentnerinnen und Rentner zu erreichen.

Die Rente reicht nicht mehr

In den letzten Jahren sind die Kosten für alle gestiegen. Mieten, Krankenkasse, Lebensmittel, Energie: das Leben wird teurer. Die AHV-Renten werden zwar teilweise der Teuerung angepasst, doch nicht alles ist in diese eingerechnet, beispielsweise die Krankenkassenprämien. Die Kaufkraft sinkt, viele Rentnerinnen und Rentner kommen immer schlechter über die Runden. Auch sinken die Pensionskassenrenten immer mehr. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat berechnet, dass die Teuerung, die Lebenshaltungskosten und die Krankenkassenprämien eine ganze Monatsrente wegfressen. Es braucht ein Mittel, um den Kaufkraftverlust auszugleichen. Mit der 13. AHV-Rente kann im Pensionsalter der Lebensstandard einigermassen gehalten werden.

Menschen mit tiefen Renten profitieren, vor allem Frauen

Von den steigenden Lebenskosten sind vor allem Menschen mit tiefen Renten betroffen. Diese haben sehr oft auch keine weitere Rente, weder eine 2., noch eine 3. Säule. Bekanntlich befinden sich darunter überdurchschnittlich viele Frauen. Schätzungsweise

ein Drittel weniger Rente beziehen Frauen im Vergleich zu den Männern. Diese Lücke entsteht aus typischen Frauenbiographien, die von viel unbezahlter Care-Arbeit, Lücken im beruflichen Lebenslauf und durchschnittlich tieferen Löhnen geprägt sind. Eine 13. AHV-Rente wirkt für sie am besten, denn bei der AHV sind alle versichert.

Können wir uns das leisten?

Bürgerlicher Hysterie zum Trotz: Der AHV geht es gut, die Kassen sind gefüllt. Die düsteren Prognosen sind nicht eingetreten. Im Gegenteil, statt Defizite schreibt die AHV Überschüsse. Denn die Schweiz ist produktiver, die Löhne steigen, mehr Menschen arbeiten. Die 13. AHV-Rente kostet etwas mehr als 4 Milliarden pro Jahr, mit den Überschüssen und allenfalls kleinen Anpassungen bei den Lohnabzügen ist diese finanzierbar. Denn die AHV ist ein Erfolgsmodell und lohnt sich. Arbeitgebende und auch Topverdienende müssen sich daran beteiligen. Ihre Millionenlöhne und -Boni sind AHV-pflichtig – ohne dass sie dafür mehr Rente erhalten. Das kommt uns allen zugute. Und die AHV ist günstig: Sie hat tiefe und stabile Kosten. Alle Erträge fließen direkt in die Renten – hier verdienen keine Banken, Vermittler oder Aktionäre mit wie bei der 2. oder 3. Säule.

Darum: Ja am 3. März zur Initiative für eine 13. AHV!

KOMM AUCH ZUM SPAZIERGANG FÜR EINE 13. AHV-RENTE IN AARAU!

Am 13. Februar 2024 lädt der Dachverband ArbeitAargau zu einem Spaziergang für eine 13. AHV-Rente in Aarau ein. **Start ist auf dem Bahnhofplatz um 17.15 Uhr.** Der Spaziergang führt zum KuK, wo nach kurzen Reden von Grossrätin Mia Jenni und mir, Gabriela Medici (SGB) ein Referat zur Initiative hält. Komm auch und unterstütze den Abstimmungskampf für eine 13. AHV-Rente!

► www.arbeitaargau.ch/agenda

ABSTIMMUNG VOM 3. MÄRZ

Nein zur falschen Renteninitiative der Jungfreisinnigen

Wir erinnern uns: Im Abstimmungskampf zur AHV-Reform im September 2022 haben Gewerkschaften und linke Parteien davor gewarnt, dass alle bald bis 67 arbeiten müssen. Die rechten Parteien und die Wirtschaftsverbände übten scharfe Kritik an unserer Kampagne und warfen uns Lügen vor. Dabei war schon damals klar, welche Angriffe die Bürgerlichen auf das Rentensystem geplant hatten.



Rolf Schmid von Frick
ist Präsident der
SP Bezirk Laufenburg
und SP-Grossrat.

Mit der «Renteninitiative» der Jungfreisinnigen stimmen wir am 3. März nun über einen dieser Angriffsversuche ab. Das Vorhaben fordert zunächst eine generelle Erhöhung des Rentenalters auf 66 bis ins Jahr 2032 und gleichzeitig dessen Koppelung an die Lebenserwartung. Nach den Prognosen der Initiant:innen stiege das Rentenalter danach um jährlich rund einen Monat an und betrüge im Jahr 2050 letztlich 67 Jahre und 7 Monate. Aus Sicht der Jungfreisinnigen entspricht dieser Mechanismus einer «Entpolitisierung der Altersvorsorge». Die Politik soll fortan nicht mehr über das Rentensystem diskutieren, sondern dieses den «natürlichen Faktoren» überlassen.

Mit dieser pseudosympathischen Bezeichnung entlarven die Initiant:innen ihre Ideologie. Sie sehen das Rentensystem als Vermengung aus wirtschaftlicher Leistung und Demografie. Dabei lehnen sie es ab, dass der Staat mit umverteilenden Mechanismen wie etwa bei der AHV einen sozialen Ausgleich schafft. Anders lässt es sich nicht erklären, dass sie mit ihrer Idee ignorieren, dass heute bereits 40 Prozent der Erwerbstätigen frühzeitig in Pension gehen. Natürlich sind dies vor allem Rentner:innen mit hohem Einkommen und Vermögen. Nach der Logik der Initiant:innen können alle Menschen automatisch länger arbeiten, bloss weil die allgemeine Lebenserwartung steigt. Offenbar ist es egal, welche Arbeit sie während ihres Erwerbslebens verrichtet haben. Mit der Annahme drohen hier in Zukunft noch grössere Ungleichheiten.



Abstimmungskampf zur AHV-Reform im September 2022.

Darum machen wir uns für eine Ablehnung stark. Gerade weil die Prognosen voraussagen, dass eine überwältigende Mehrheit der Stimmberechtigten auf unserer Seite steht, müssen wir die Gunst der Stunde nutzen. Wir müssen aufzeigen, dass die Altersvorsorge zu Recht eine zentrale Staatsaufgabe bleibt, denn ein «entpolitisiertes» Rentensystem, wie es sich die Marktgläubigen erträumen, wird es nicht schaffen, allen Menschen im Alter ein würdiges Leben zu ermöglichen. Leider sind Ergänzungsleistungen weiterhin notwendig, gerade von den Bürgerlichen werden sie regelmässig zu Almosen umgedeutet. Gute Renten sind kein Luxus, sondern ein Grundrecht!

An dieser Stelle erlaube ich mir als linker (fast noch) Jungpolitiker auch einen Kommentar an die Adresse der Jungfreisinnigen: Euer Diskurs zum Rentensystem ist ein Frontalangriff auf die Solidarität zwischen den Generationen, aber auch zwischen Menschen mit hohem und niedrigem Einkommen. Gerade die AHV schafft einen Ausgleich und ermöglicht jungen Menschen, sich nicht mehr direkt finanziell um ältere Verwandte kümmern zu müssen. Die 1. Säule ist effektiv und hocheffizient und wurde schon so oft totgeredet. Dennoch funktioniert sie immer noch bestens. Dieses System muss es uns deshalb wert sein, seine zwischenzeitlichen Finanzierungslücken mit höheren Beiträgen zu schliessen.

NEU IN DER GESCHÄFTSLEITUNG
Simone Allenspach



Du wurdest am 26. Oktober 2023 in die Geschäftsleitung (GL) der SP Aargau gewählt. Was motiviert Dich, neben Deinem beruflichen und politischen Einsatz in der GL mitzuarbeiten?

Oft begegnen Menschen im Alltag strukturellen Hürden, bei denen der Wille der Person und der Familie nicht reicht, um sie zu überwinden. Meine Motivation ist es, Strukturen zu schaffen, die die Menschen im Kanton Aargau unterstützen und nicht hindern.

Mit der Vernetzung in der Geschäftsleitung bin ich ausserdem mit vielen anderen Bezirken regelmässig im Austausch über unterschiedlichste Themen aus verschiedenen Perspektiven – eine Bereicherung.

Wofür setztest Du Dich besonders ein? Warum?

Ich setze mich ein für queer-feministische Themen und stehe (gemeinsam mit vielen anderen) für einen bunten und diversen Aargau. Ich bin überzeugt, dass wir nur Verbesserungen für alle erreichen können, wenn wir generationenübergreifende Zusammenarbeit etablieren. Für einen progressiven Kanton, der Innovation fördert und der allen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Welche politischen und beruflichen Erfahrungen kannst Du in der GL einbringen?

Als Einwohnerrätin und Vorstandsmitglied der SP Wohlen habe ich einen direkten Bezug zu den unterschiedlichsten Themen aus der Bevölkerung. Ich arbeite sehr gerne interdisziplinär, lege Wert auf eine offene Kommunikation, klare Strukturen und eine ausgewogene Arbeitskultur.

Die Sozialarbeiterin und Leiterin der Jugendarbeit Steinhausen ZG Simone Allenspach von Wohlen wurde vom Parteitag der SP Aargau am 26. Oktober 2023 in die Geschäftsleitung gewählt.

KORRIGENDUM

**Korrektur
der Wahlergebnisse**

Hat bei den Wahlen vom 22. Oktober 2023 wirklich ein Rechtsrutsch stattgefunden? Zuerst schien es so. Denn das Bundesamt für Statistik BfS veröffentlichte falsche Zahlen, und wir haben diese in links.ag so eingesetzt. Denn bisher bestand nie ein Grund, an den Bundeszahlen zu zweifeln, jedenfalls nicht bei Wahlen. Aber ein paar Tage später kamen ein Dementi und eine Korrektur von Bern: Die Damen und Herren in Neuenburg, wo das BfS seine Büros hat, hatten sich verrechnet und publizierten nun die richtigen Zahlen. Da der Drucktermin für links auf nur ein paar Tage nach den Wahlen gesetzt war, konnten wir die Korrektur nicht mehr übernehmen.

Aufgefallen ist das niemandem. Oder fast niemandem. Leo Keller aus Aarau meldete sich am 31. Oktober und mailte: «Mir ist aufgefallen, dass wir in verschiedenen Artikeln die alten falschen Gesamtzahlen zitieren. Wir machen uns also kleiner als nötig und die SVP grösser. Die SP hat schweizweit um 1,5 Prozent zugelegt – nicht um 1,1 Prozent – und liegt jetzt bei 18,3 Prozent. Die Grünen haben 3,4 Prozent verloren – nicht 3,8 Prozent – und liegen jetzt bei 9,8 Prozent. Die GLP hat nur um 0,2 Prozent verloren – nicht um 0,6 Prozent. Die SVP hat nur um 2,3 Prozent zugelegt – und nicht um 3,3 Prozent – und liegt jetzt bei 27,9 und nicht bei 28,9 Prozent.» Der Rechtsrutsch und der Linksverlust waren also um einige Prozentpunkte weniger dramatisch als von uns zuerst wiedergegeben. Das freut uns natürlich, und wir geben es gerne bekannt. Aber was bedeutet das wirklich? Hat sich das in der Dezember-Session der eidgenössischen Räte schon gezeigt? Denn die bürgerliche Mehrheit ist immer noch eine Tatsache. Da müsste wohl ein napoleonischer Sturm über das Land fegen, um die Schweizer Machtverhältnisse zu ändern. Und auf diesen hoffen wir schon lange vergeblich. Aber einen kleinen Trost gibt es doch: Die TA-Medien haben in diesen Tagen nachgerechnet, ob die Resultate in Bern der Sitzstärke der Parteien entsprechen. Das tun sie nicht. Links konnte sich im Dezember manchmal besser durchsetzen als Rechts. Schön wars – oder wärs.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag.

HALBIERUNGSINITIATIVE

Ein neuer Angriff auf die öffentlichen Medien

Das Verhältnis der SRG zu den Privatmedien war nie einfach. Regelmässig gab und gibt es Versuche, die SRG zu schwächen oder ganz abzuschaffen. Nach der «No Billag»-Initiative 2018 steht nun der nächste Angriff am Start. Bis Mitte 2024 will der Bundesrat seine Botschaft zur Halbierungsinitiative ans Parlament überweisen. Zur Volksabstimmung kommt die Initiative nach heutiger Planung nicht vor 2026.



Nik Kühne von Lenzburg arbeitete von 1993 bis 2010 in verschiedenen Funktionen bei SRF. Danach leitete er die Fachkommunikation Operationen der Generaldirektion SRG bis zu seiner Pensionierung 2022. Er engagiert sich unter anderem bei SP 60+ Aargau.

Hauptakteurin ist die SVP, flankiert von Gewerbeverband und Jungfreisinnigen. Diesmal geht es nicht gleich ums Ganze. Sondern um eine Halbierung der Gelder für die SRG. Das Hauptargument «200 Franken sind genug» klingt verlockend. Das öffentliche Medienangebot soll damit geschwächt werden. Die wahre Absicht der Initiant:innen: Weniger kritischen Journalismus, mehr Raum für privat finanzierte Medien. Um dem Stimmvolk die Entscheidung zu vereinfachen, soll die Medienabgabe von heute 335 auf 200 Franken pro Jahr gesenkt werden.

Die Argumente sind bekannt und wie gehabt verharmlosend. Die SRG soll sich vom Digitalen fernhalten. Sie soll nur das machen, was Privatmedien nicht wollen (sprich nicht refinanzieren können). Gewerbe, Industrie und Hotellerie sollen – im Gegensatz zu heute – keine Mediengebühren mehr entrichten müssen.

Die SRG im Internet – was ist falsch daran?

Die SRG hat den Trend weg von den traditionellen Radio- und TV Programmen zu Online konsequent verfolgt. Würde sie das nicht tun, müsste man ihr zu Recht vorwerfen, die Entwicklung zu verschlafen. Nun heisst es, sie torpediere die Onlineangebote der Privatmedien. Studien anderer Länder beweisen klar das Gegenteil. Auch wird gerne verschwiegen, dass die SRG online keine Werbung platzieren darf.

Vielleicht schafft man es ja, die SRG vom Internet fernzuhalten. In ein paar Jahren liesse sie sich dann ganz abschiessen.

Wo liegen die Probleme?

Schuldig, dass es der Medienbranche nicht gut geht, ist nicht die SRG. Die Mediennutzung hat sich im vergangenen Jahrzehnt fundamental gewandelt. Im Internet findet man vieles «gratis». Gemäss Umfragen wollen weniger als 20 Prozent der Schweizer:innen für Informationen im Netz bezahlen. Dass bei Gratisangeboten Quellen und Fakten gerne vernachlässigt, verdreht, oft gar krass manipuliert sind, ist eine andere Geschichte. Was die Initiant:innen nicht sagen: Privatmedien erhalten ebenfalls Unterstützung aus dem Gebührentopf. Momentan sind das 6 bis 8 Prozent; dieser Anteil soll noch weiter erhöht werden.

Dramatisch ist der rasante Abfluss von Werbegeldern zu ausländischen Techkonzernen. Diese bedienen sich zwar schamlos an schweizerischen Inhalten. Dafür bezahlen? Wozu denn. In der Schweiz investieren, Stellen schaffen, Recherchen, Schweizer Filme etc. mitfinanzieren? Kaum. Vor dem Hintergrund schwindender Medienvielfalt öffentlich finanzierte Medien zu schwächen, ist in höchstem Mass grobfahrlässig. Und demokratiepolitisch falsch.

Es ist völlig daneben, den medialen Service-Public zu schwächen. Gerade in Zeiten von Fake News und Alternativen Fakten ist professioneller und nicht beeinflussbarer Journalismus für eine Demokratie existenziell. Der Service public sollte darum im Gegenteil weiter ausgebaut werden.

STROMPREISPOLITIK

Gemeinden mit PV-Anlagen haben tiefere Strompreise

Im Aargau sind die Strompreise in zwei Jahren durchschnittlich um 70 Prozent gestiegen. Eine Analyse zeigt: Je grösser der Anteil an gemeindeeigenem PV-Strom, desto tiefer die Strompreise für alle Stromkonsumentinnen – und mit dem Mantelerlass werden die Unterschiede schnell noch viel grösser. Der schnelle PV-Zubau in den Gemeinden zahlt sich also in tieferen Strompreisen aus – worauf warten wir eigentlich?



Leo Keller von Aarau ist Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau.

Innert zwei Jahren stieg der Strompreis im Aargau durchschnittlich um 70 Prozent an. Dabei gibt es grosse Unterschiede: In den teuersten zehn Gemeinden zahlen die Bezüger:innen 40–48 Rp/kWh, in den zehn günstigsten nur 22–28 Rp/kWh. Der durchschnittliche Strompreis liegt 2024 im Aargau bei rund 35 Rp/kWh.

Die generellen Preissteigerungen sind im Wesentlichen auf den Ukrainekrieg und den neoliberalen Energiemarkt zurückzuführen – wir haben im links (208 S.14) darüber berichtet. Die grossen Unterschiede hatten wir in den unterschiedlich geschickten oder unglücklich verhandelten Stromlieferverträgen vermutet. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Gespräche mit EVU-Unternehmern und -Verwaltungsräten und vor allem eine genauere Analyse der Preisstrukturen und der installierten PV-Anlagen in den einzelnen Gemeinden zeigten überraschende Ergebnisse, die man kurz wie folgt zusammenfassen kann:

Die Wasserstromproduzenten verkaufen ihren billigen Strom ihren Kunden nicht primär für 5–7 Rp/kWh, sondern für ca. 20 Rp/kWh an der Börse. Die Netzentgelte und die verschiedenen Abgaben betragen heute rund 15–17 Rp/kWh, die Strompreise für die Endkunden liegen aber bei 22–48 Rp/kWh. Bis 2021 konnten die EVU (Stromverteilungsunternehmen) den Strom für 4–7 Rp/kWh produzieren und einkaufen – heute zahlen sie durchschnittlich 20 Rp/kWh.

Unsere Stromproduzenten/Abteilung Stromproduktion (AEW, Eniwa, etc.) verkaufen ihren «Eigentümer-Kunden» rund 60–80

Prozent ihres selber produzierten Stromes nicht für 6–7 Rp/kWh, sondern für 20 Rp/kWh an der Strombörse an irgendwelche Dritte. Den Strom für ihre Kunden kauft die «Strom-Einkaufsabteilung» zum grossen Teil (ca. 80–90 Prozent) ebenfalls an der Strombörse ein (eben zu ca. 20 Rp/kWh). Darum zahlen alle Kunden in den Marktgebieten der Aargauer Wasserstromproduzenten rund 35 Rp/kWh, und nicht 22–29 Rp/kWh, wie das in sehr vielen Gemeinden der Fall ist, die keinen eigenen Wasserstrom produzieren.

Die sozialpolitischen Auswirkungen sind erheblich. Die Firmen schreiben schöne Gewinne, die sie auch ihren Eigentümer-Gemeinden (oder dem Kanton) abliefern. Dieser kann so die Steuern tiefer halten – profitieren tun davon vor allem die sehr guten Steuerzahler:innen (Steuerprogression). Aber bezahlen tun das alle. Und weil die allgemeine Marktlage so ist, merkt das keiner!

Die Gemeinden ohne Wasserstromproduktion produzieren im Durchschnitt 30 Prozent mehr PV-Strom und verlangen im Durchschnitt 20 Prozent tiefere Preise (28 statt 35 Rp/kWh). Dies hat ganz einfache Hintergründe: Der PV-Strom von den eigenen Dächern ist deutlich billiger (12–15 Rp/kWh) als der Strom von der europäischen Strombörse. Und wenn der Energie-Mantelerlass Realität wird, wird dieser nochmals um 5–6 Rp/kWh billiger. In Zukunft wird der Strompreis in unseren Gemeinden von drei Faktoren abhängen:

- Dem Preisniveau an den europäischen Strombörsen
- Dem Willen der Wasserstromproduzenten, ihren Strom direkt für 7 Rp/kWh ihren eigenen Besitzern zu verkaufen
- Dem Ausbaugrad des PV-Stroms auf den Dächern der Gemeinden.

Zwei von drei Faktoren haben wir selber in der Hand – wir, die Stimmbürger:innen in den Gemeinden und im Kanton. Packen wir es an.

NEU IM GROSSEN RAT

Selena Rhinisperger



Du bist am 21. November 2023 in den Grossen Rat nachgerutscht, nachdem Simona Brizzi in den Nationalrat gewählt wurde. Woher kommst Du beruflich und politisch?

An der Universität Zürich habe ich Deutsch und Geschichte studiert. 2013 bin ich dann gleichzeitig in der SP politisch aktiv geworden und in einem Doktoratsprojekt in die wissenschaftliche Welt eingetaucht. Beruflich bin ich an der Universität Zürich geblieben, ich arbeite auf dem Dekanat der Philosophischen Fakultät. Aber Jahr für Jahr wurde für mich die politische Welt wichtiger und bedeutender.

Zur SP bin ich 2013 als Kandidatin für den Einwohnerrat Baden gestossen, danach in den Vorstand der SP Baden eingetreten und von 2015 bis 2022 habe ich das Präsidium übernommen. Seit Oktober 2015 bin ich zudem im Einwohnerrat Baden aktiv, seit Anfang 2022 auch in der Strategiekommission der Stadt Baden. Und nun im Grossen Rat.

Wofür möchtest Du Dich im Grossen Rat einsetzen? Welches sind die Themen, die Dich politisch speziell interessieren? Warum?

Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und einer lebenswerten Zukunft für alle treiben mich an: Wie können wir unser Sozial-, Finanz- und Wirtschaftssystem so anpassen, dass mehr Menschen wie auch die Umwelt besser damit zurechtkommen?

Für welche Themen soll sich die SP im Grossen Rat einsetzen?

Die Menschen und ihr Wohlergehen sollen weiterhin im Zentrum unserer Politik stehen. Das heisst für mich, dass wir uns konsequent dafür einsetzen, dass alle Menschen bei uns mit der gleichen Würde und denselben Chancen Leben können, dass für alle die Teilhabe am politischen und sozialen Geschehen möglich ist.

Selena Rhinisperger von Baden ist SP-Grossrätin, SP-Einwohnerrätin und Vorstandsmitglied der SP Baden.

NEU IM GROSSEN RAT: MIA JENNI

Der Kanton muss wieder lernen zu leisten.



Die Menschen um mich herum sind erschöpft und oft auch ratlos. Sie würden gerne Stellen in Schulen besetzen, aber finden keine Bewerbenden. Sie würden gerne Stellen annehmen, aber können nicht, weil die kleinen Kinder sonst alleine wären. Die KiTa ist selbst mit neuer Stelle zu teuer. Sie würden gerne ein wenig Arbeit abgeben, weil sie die letzten Jahrzehnte durchgearbeitet haben. Aber an wen. Die entsprechenden Arbeitskräfte fehlen.

Diese Personen, mein Umfeld, sind keine Einzelfälle. Sie stehen auch symbolisch dafür, wie die bürgerliche Politik die Bevölkerung zu Grunde reitet. Mein Umfeld zeigt mir auf, wie der vorherrschenden Politik die Perspektive für die nächsten Jahrzehnte fehlt.

Mein Nachrutschen in den Grossen Rat verstehe ich als Privileg, was ich erfahre, ins Parlament zu tragen, und ich verstehe es als Aufgabe, der systematisch zerstörerischen Politik der bürgerlichen Mehrheit, die bloss Steuersenkungen für die Reichsten vorantreibt, entgegenzuhalten. Dieser Kanton muss wieder lernen zu leisten. Er muss mehr Ausbildungsplätze leisten, Lehrer:innen höhere Löhne zugestehen, die Arbeitslast für Pfl egende, Betreuende und Pädagog:innen senken, KiTa-Plätze für wirklich alle zugänglich machen und endlich allen Schutzbedürftigen Schutz bieten und Rechte zugestehen. Egal, welche Hautfarbe, Sexualität, Identität, Passfarbe, Körperlichkeit sie haben und egal, wie dick ihr Portemonnaie ist. Der Aargau soll zu einem Kanton für alle werden; diesem Ziel gilt mein Engagement im Grossen Rat.

Die Germanistin und Kunsthistorikerin Mia Jenni von Obersiggenthal ist Geschäftsführerin der SP queer und SP-Einwohner:in. Seit dem 9. Januar 2024 ist sie Mitglied des Grossen Rates.



STRUKTURELLE UND PERSONELLE ÄNDERUNGEN IM SP-SEKRETARIAT

Frischer Wind im Herzen der Partei

Während der Nationalratswahlkampf tobte, hat sich hinter den Kulissen eine Veränderung angekündigt: Claudio Bernet kündigte bereits im Juli 2023 seine Stelle bei der SP Aargau. Kurze Zeit später kündigte auch Dariyusch Pour Mohsen.



Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Einwohner:in.

Beide politischen Sekretäre stellen sich neuen Herausforderungen, nachdem sie viele Jahre mit unglaublichem Engagement und Knowhow das Herz der SP Aargau waren. Sie waren der Dreh- und Angelpunkt der Partei und haben das Seki auch in schweren Zeiten am Laufen gehalten. An dieser Stelle möchte ich euch im Namen der ganzen Partei nochmals herzlich danken.

Jedes Ende ermöglicht einen Neuanfang

Die Geschäftsleitung hat nach intensiven Diskussionen einstimmig beschlossen, eine Umstrukturierung anzupacken. So wurde eine Geschäftsführungsstelle geschaffen. «Denn jede Organisation braucht formelle Struktur für Compliance und Gesetzmässigkeit», wie Controller und Autor Nils Pfl äging sagt. Stärker als bis anhin sollen im Sekretariat die Fäden für alle operativen Geschäfte zusammenlaufen, koordiniert und geführt werden. Dadurch soll eine Entlastung der politisch Aktiven auf kantonaler Ebene erzielt werden.

Als neuen Geschäftsführer hat die Geschäftsleitung dem Parteitag im Januar 2024 Carlo Mathieu vorgeschlagen. Carlo hat sein ganzes berufliches Leben für Non-Profit-Organisationen gearbeitet: bei der Syna, bei der Erwachsenenbildung sowie bei der Aids-hilfe. Er hat sich mit diversen Weiterbildungen auf die Besonderheiten von Non-Profit-Organisationen spezialisiert.

Die zweite Stelle hat einen Fokus auf klassische kaufmännische Aufgaben und wird die verschiedensten administrativen Prozesse ausführen. Diese Stelle konnte mit Lidia Bannwart besetzt werden. Sie ergänzt das Sekretariat optimal: Sie ist noch in den frühen Zwanzigern. Sie wechselt von der Logistikbranche in die Politik.

Esther Schmidt wird eine neue Rolle einnehmen und sich auf die Kommunikation inner- und ausserhalb der SP Aargau fokussieren. Esther wird Social Media, Newsletter, Medienmitteilungen und – da Katharina Kerr zurücktritt – auch die Redaktion des kantonalen links übernehmen.

Durch die oben skizzierte Umstrukturierung kommt es zu einer Spezialisierung und zusätzlichen Professionalisierung. Wir freuen uns, im neuen Jahr mit frischem Wind, neuen Strukturen, neuen Ideen und neuen Personen im Sekretariat ins Grossratswahljahr zu gehen und heissen die neuen Mitarbeiter:innen herzlich willkommen.

RAHELA SYED UND REGULA DELL'ANNO-DOPPLER

Aus dem Grossen Rat zurückgetreten



Colette Basler von Zeihen ist Co-Fraktionspräsidentin der SP im Aargauer Grossen Rat.

Zwei verdiente Frauen traten ab. Was sie eint? Alles! Ihr sozialdemokratisches Verständnis, ihre bedachte, ruhige Art, ihr riesiges Fachwissen, ihre Sachlichkeit und ihr Pragmatismus. Es verliessen uns zwei Exekutivpolitikerinnen, zwei Stadträtinnen, zwei Macherinnen, beide betraut mit sozialen Dossiers. Dank ihren Stadtratsmandaten konnten sie immer auch die Sicht der Gemeinden einbringen. Das war sehr wertvoll für uns.

Nach sieben Jahren im Grossen Rat verabschiedeten wir Rahela Syed aus Zofingen. Sie bekleidete nicht nur das Amt als Grossrätin, sondern arbeitet auch in den Parlamentsdiensten des Kantons Bern und ist im Stadtrat Zofingen aktiv. Im vergangenen Mai wurde sie zudem als Präsidentin von benevol Aargau gewählt. Dafür gratulieren wir herzlich. Und die einmalige Chance, ihr Pensum in Bern zu erhöhen, wollte Rahela packen. Wann, wenn nicht jetzt? Ein anderes Engagement musste weichen. «Weil eben nicht alles zusammen geht, habe ich mich für den Rücktritt aus dem Grossen Rat entschieden», meinte sie im Interview mit dem Zofinger Tagblatt.

Rahela hat ihr grosses Wissen im Gesundheitswesen mit viel Sachverstand und Engagement in der Kommission Gesundheit und Sozialwesen eingebracht. Ihre ruhige, überlegte Art und ihr breites Fachwissen haben wir auch in der Fraktion sehr geschätzt. Verbesserungen in diesem Bereich waren Rahela ein grosses Anliegen.

Wir freuen uns, dass uns Rahela als Stadträtin in Zofingen erhalten bleibt und sie sich weiterhin für Menschen einsetzt, die nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Ebenfalls tschüss sagen mussten wir Regula Dell'Anno-Doppler. Sie sass fünf Jahre im Grossen Rat. Als Frau Vizeamman von Baden, Stiftungsrätin und Verwaltungsrätin in verschiedenen Organisationen, brachte auch sie grosses Fachwissen mit. Im Grossen Rat pflegte sie einen konstruktiven, sachli-

chen und lösungsorientierten Dialog, auch über die Parteigrenzen hinaus – Übersetzerin in jeder Beziehung. Diesen Pragmatismus und die immer mal wieder kritischen Fragen von Regula haben wir auch in der Fraktion sehr geschätzt. Sie konnte ihr Wissen und ihre Erfahrungen im Parlamentsbetrieb, in der politischen Arbeit und insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen einbringen. «Meine Energie und Lust zu gestalten und zu bewegen, Netzwerke zu schaffen und zu nutzen führen immer wieder zu neuen grösseren und kleineren Projekten», schreibt Regula auf ihrer Webseite.

Weil manchmal alles zu viel ist, wollte Regula einen Schritt zurücktreten. So gab auch sie Ende 2023 ihr Amt als Grossrätin ab.

Wir freuen uns, dass uns Regula als Frau Vizeamman von Baden erhalten bleibt und sich dort weiterhin für soziale Anliegen einsetzt.

Wir lassen die beiden nicht gerne ziehen. Aber wenn der Wind der Veränderung weht, muss Frau die Segel anders setzen.

Herzlichen Dank, liebe Rahela, liebe Regula, für euren riesigen Einsatz für den Kanton, eure Gemeinden und die SP. Toi, toi, toi und viel Freude bei allem, was ihr anpackt. Bleibt frech, wild und wunderbar.

**Tue, was sich
in deinem Herzen
richtig anfühlt,
kritisiert wirst du
so oder so.**

Eleanor Roosevelt

NEU IM GROSSEN RAT

Michael Wacker



Du bist für Rahela Syed in den Grossen Rat nachgerutscht. Woher kommst Du beruflich und politisch?

Nach der Landschaftsgärtnerlehre arbeitete ich rund 10 Jahre in der Region Bern in zwei Betrieben als Vorarbeiter. Danach habe ich mich zum Techniker weitergebildet und bin nun seit 1999 selbstständiger Gartenbauer im Bereich «Naturnahe Gärten».

Politisch bin ich genetisch vorbelastet. Mein Vater war 10 Jahre im Grossen Rat und ein paar Jahre Präsident der SP Aargau. Politik gehörte also in unseren Familienalltag. Seit 2005 bin ich in Zofingen im Einwohnerrat und in der FGPK.

Wofür möchtest Du Dich im Grossen Rat einsetzen? Welches sind die Themen, die Dich politisch speziell interessieren? Warum?

Einerseits spielt sicher der Einsatz für die Region eine Rolle. Andererseits interessieren mich, schon wegen des Berufes, Öko- und Umweltthemen sowie die finanziellen Aspekte der Politik. Der Aargau ist ja nicht gerade berühmt für das Sprechen von genügenden finanziellen Ressourcen. Geknausert wird von der bürgerlichen Mehrheit – seit einer gefühlten Ewigkeit – im Bereich aller für die SP relevanten Themen. Die Steuerstrategie 2022–2030 spricht da Bände und lässt mir die Haare zu Berge stehen.

Für welche Themen soll sich die SP im Grossen Rat einsetzen?

Die SP macht meines Erachtens im Rat einen guten Job und hat ihre Schwerpunkte im Legislaturprogramm präzise definiert. Die grosse Kunst ist es, sich im auch medial bürgerlich dominierten Aargau so richtig Gehör zu verschaffen.

Michael Wacker von Zofingen ist SP-Einwohnerrat. Seit dem 9. Januar 2024 ist er auch Mitglied des Grossen Rates.

Menschen im Zentrum

Der Start des Wahljahres gibt Gelegenheit für ein erstes Fazit auf meine erste Amtszeit als Regierungsrat. Ich durfte viel Neues kennenlernen, ich hatte und habe unglaublich viele spannende Begegnungen – und ich habe viele positive Erfahrungen gemacht. Auf zwei davon möchte ich eingehen.

Erstens: Die Mitarbeitenden der Verwaltung sind unglaublich engagiert. Sie unterstützen mich und überhaupt die Regierungsarbeit sehr. Der Aargau hat eine schlanke Verwaltung, das ist gut so. Es ist aber immer wieder eine Herausforderung, die nötigen Stellen und Ressourcen für eine bürgerinnenfreundliche Verwaltung zu schaffen. Die Angestellten leisten mit beschränkten Mitteln grossartige Arbeit. Dass diese oft politisch zu wenig gewürdigt wird, ist – gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels – fatal.

Zweitens: Der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton sind hervorragend. Unser Kanton hat sehr eigenständige Gemeinden, auch das



Dieter Egli von Windisch ist Aargauer SP-Regierungsrat.

ist gut so. Wichtig ist aber auch, dass wir regelmässig miteinander reden. Der Austausch wird von beiden Seiten bewusst gepflegt: Man kennt sich, und man verhandelt miteinander auf Augenhöhe.

Dieser gute Austausch, nicht nur mit den Gemeinden, sondern auch mit vielen anderen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, ist wichtig – gerade dann, wenn es kontroverse Themen gibt. Und die gibt es natürlich auch in meinem Departement.

Eines davon ist die Diskussion um die zukünftige Polizeistruktur im Aargau. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass wir uns vor dem Hintergrund der schwieriger werdenden Rekrutierung das bisherige System mit der Kantonspolizei und 15 regionalen Polizeikorps nicht mehr leisten können – und dass wir

mit der Führung der Polizeiarbeit aus einer Hand letztlich auch die lokale Sicherheit besser gewährleisten können. Natürlich ist aber dieser Wechsel nicht einfach für diejenigen Gemeinden, die in den letzten Jahren regionale Polizeikorps aufgebaut und betrieben haben.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Digitalisierung. Sie ist eine riesengrosse Chance, für die Bürgerinnen und Bürger rund um die Uhr noch bessere Dienstleistungen zu bieten. Und, auch wenn die Digitalisierungsmassnahmen durchaus umstritten sind, – wir brauchen sie. Denn auch mit weniger Fachkräften wollen wir dem Anspruch an den Staat gerecht werden, immer nachvollziehbar und gerecht in jedem Einzelfall zu handeln. Das sind wir den Menschen im Aargau schuldig.

Menschen sind im Zentrum meines Amtes und werden es immer sein. In diesem Sinn freue ich mich auf die weitere erfüllende Arbeit. Und ich freue mich darauf, mich im Herbst erneut zu Wahl zu stellen!

IMPRESSUM

SP Aargau
Bachstrasse 43
Postfach
5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3066

Redaktion:
Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
15. Januar 2024
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
11. März 2024
Erscheinen nächste Nummer 28. März 2024

An dieser Nummer haben
mitgearbeitet:

Simone Allenspach
Silvia Dell'Aquila
Colette Basler
Stefan Dietrich
Dieter Egli
Lucia Engeli
Mia Jenni
Leo Keller
Katharina Kerr
Nik Kühne
Nora Langmoen
Selena Rhinisperger
Claudia Rohrer
Rolf Schmid
Michael Wacker

AGENDA

13. Februar 2024, 17.15 – 20.30 Uhr,
Bahnhofplatz Aarau
**Spaziergang für eine 13. AHV-Rente und
Referat Gabriela Medici im KuK Aarau**

21. Februar 2024
Vernetzungsanlass Kommunalpolitik

24. Februar 2024
Bremgarter Reusslauf 2024
Gemeinsam mit der SP Mutschellen-Kelleramt
an den Bremgarter Reusslauf 2024! Auch in
diesem Jahr starten die SPorthlichen SP-Mit-
glieder und -Sympis gemeinsam am Reusslauf.

24. Februar 2024
Parteitag SPS